

## **CfP: Evakuaton – Rückzug – Liquidierung. Praktiken der Verschiebung und Auflösung von Staatlichkeit im 20. Jahrhundert**

Im Januar 2020 jährt sich die gewaltsame Liquidierung des Konzentrationslagers und Zuchthauses Sonnenburg zum 75. Mal: Wenige Tage vor dem Heranrücken der Roten Armee erschossen deutsche Täter am 31. Januar 1945 im damaligen Osten Brandenburgs circa 800 Insassen/innen. Die Teilnehmer/innen des internationalen wissenschaftlichen Workshops wohnen den Gedenkveranstaltungen im heute polnischen Słońsk bei und kontextualisieren mit ihren Beiträgen den Massenmord als Teil der Gewalt, die nationalsozialistische Akteur/innen auf dem Rückzug nach Erreichen der Grenzen des sogenannten Altreichs freisetzen. Der Gefangenenmord von Sonnenburg wird konsequent zusammen mit der gewaltsamen Auflösung von anderen Institutionen des „Dritten Reichs“ betrachtet. Dazu gehören die Zwangsarbeiterlager entlang der damals im Bau befindlichen Autobahn Berlin-Warschau, das sogenannte Arbeitserziehungslager „Oderblick“ und die nachträglich als Todesmärsche gefassten „Evakuierungen“ der Konzentrationslager, wie der des Komplexes Sachsenhausen.

Ziel des Workshops ist es, Praktiken der Auflösung von Staatlichkeit in Kriegs- und Gewaltsituationen vergleichend zu diskutieren. Dabei soll das geläufige Bild von Staatszusammenbrüchen als chaotische, gesetzlose Situationen hinterfragt werden. Welche und wessen „Gesetze“ gelten, wenn Staaten zusammenbrechen? Auch wenn der betroffene Staat nicht mehr über genügend Ressourcen verfügt, um das Gewaltmonopol über sein gesamtes Territorium auszuüben, hört er nicht umgehend auf zu existieren. Wie agieren Akteure der Staatsmacht, wenn diese erodiert? Wie ist zu erklären, dass Gefangene in Gefängnissen oder Lagern nicht zurückgelassen oder übergeben, sondern in der Mehrzahl und oft zeitlich unmittelbar vor dem Eintreffen der feindlichen Front verschleppt oder ermordet werden? Welche Annahmen liegen diesen Gewaltpraktiken zugrunde? Wie laufen die Räumungen und Exekutionen im Detail ab; wer führt sie durch? Besonderes Augenmerk wird dabei auf staatliche Gewaltakteure gelegt: Gefängniswächter, Lagerleitungen oder jene Erschießungskommandos des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges, die 1944/1945 in das Altreich zurückkehrten. Arbeitshypothese des Workshops ist, dass in Situationen existenzieller Bedrohung, wenn die Ausübung von Herrschaft nur noch in zunehmend kleiner werdenden Räumen möglich ist, die geltenden Regeln und Grenzen der Funktionsweise staatlicher Institutionen in besonders radikaler Form sichtbar werden. Ein zentraler Grund dafür ist die situative Infragestellung der gegenseitigen Bedingtheit von Loyalität des Personals der Institutionen gegenüber dem Staat in kontingenten Extremsituationen.

In vergleichender Perspektive diskutieren die Teilnehmer/innen des Workshops das kritische Verhältnis von Raum, Zeit und Wissen in unterschiedlichen Prozessen der Auflösung von Staaten. Dabei sollen besonders die territorialen Veränderungen in Europa während des Ersten und Zweiten Weltkriegs in den Blick genommen werden. Präzise Kenntnisse über Dynamiken von Kriegsschauplätzen und -lagern wie über genaue Frontverläufe und Einschätzungen, wie schnell die Herrschaft über ein bestimmtes Territorium schwindet, waren entscheidend für die staatlichen Akteure in den sich in Auflösung befindlichen Institutionen. Welche Rolle spielte dieses Wissen für die getroffenen Entscheidungen über den Verbleib von Unterlagen, Gütern und Personen? Welchen Einfluss hatte die jeweilige Ideologie des bedrohten Staates für die Aufrechterhaltung von Institutionen in kritischen Situationen?

Ein Fokus des Workshops liegt auf dem Zusammenhang zwischen der Auflösung von Staatlichkeit und der Radikalisierung von Gewalt. Die Aufhebung staatlicher Ordnung ging immer wieder mit dem Freisetzen verschärfter Gewalt einher. Anhand des Umgangs mit Gefängnissen, Lagern und deren Insass/innen diskutieren die Teilnehmer/innen, wie staatliche Stellen in kritischen Situationen (oft

selbst geschaffene) Dilemmata durch Gewalt zu beseitigen suchen. Durch massenhafte Internierung versuchten die kriegsführenden Parteien in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts Menschen auf Grundlage unterschiedlicher Ideologien als vermeintliche Bedrohung für den Staat zu isolieren. Durch ihre hohe Konzentration schufen sie damit aber selbst das spezifische Problem, wie mit diesen Internierten im Moment der eintretenden Auflösung von Staatlichkeit verfahren werden sollte. Während strafrechtlich Verfolgte in der Regel amnestiert wurden, um staatliche Ressourcen zu sparen, zeichnen sich bei politisch Verfolgten und sogenannten Geheimnisträger/innen zwei Optionen ab: Entweder erfolgt die Evakuierung von Teilen der Institution – wobei in der Regel räumliche und soziale Strukturen schwinden – oder die Internierten werden in letzter Minute vor Ort ermordet. Der Workshop fragt nach Symmetrien zwischen der Organisation, Erhaltung und Verschiebung oder der Beseitigung des jeweiligen (Gewalt-)Raumes und den Ideologien innerhalb des Raumes. So gerät auch die innere Handlungslogik der Verantwortlichen während beider radikalen Optionen als Praktiken der Auflösung von Staatlichkeit in den Blick.

Aspekte, die während des Workshops in den Blick genommen werden sollen:

- Formen des Rückzugs von Staatlichkeit im Zuge von Besetzungen / aus besetzten Gebieten im östlichen Europa – die Zerschlagung des polnischen Staats im September 1939 und die vorab erfolgten Versuche der Evakuierung staatlicher Stellen
- Phänomene der Evakuierung sowjetischer Institutionen aus den besetzten Ostgebieten der Polnischen Republik im Juni 1941 sowie die Entscheidung, Tausende von Insassen von NKWD-Gefängnissen vor Ort zu ermorden
- Erscheinungen des durch den Vormarsch der Alliierten und deren Zurückdrängen der Wehrmacht auf das Gebiet des Altreiches erzwungenen, aber von anderen Akteuren aktiv organisierten Rückzugs nationalsozialistischer Staatlichkeit ab der Jahreswende 1944/45 sowie die letzte Radikalisierungsphase des NS-Staats (Justiz, Polizei, SS, Arbeitsämter) im Frühjahr 1945
- Perspektiven der Opfer – Häftlinge in Gefängnissen sowie Insass/innen der Konzentrationslager – und ihre Erfahrungen während den sogenannten Evakuierungstransporten der letzten Kriegswochen des Zweiten Weltkrieges in Europa
- staatliche Akteur/innen wie Betriebsdirektionen, Anstaltsleitungen, Kommandanturen, Wachpersonal und Mordkommandos und ihre Handlungsoptionen in Momenten der Entscheidung: prototypische Situationen, in denen deutlich wird, dass einzelne Akteur/innen über „Evakuierung“ oder „Liquidierung“ entscheiden

Die Veranstalter/innen bitten um Abstracts mit Vorschlägen für einen 20-minütigen Beitrag auf Deutsch oder Englisch inklusive Titel und kurzen biographischen Angaben (insgesamt maximal zwei Seiten). Die Frist für die Zusendung der Vorschläge endet am 15. November 2019; die Abstracts bitte an [fubeljan@cms.hu-berlin.de](mailto:fubeljan@cms.hu-berlin.de) senden. Bewerbungen von Doktoranden und Doktorandinnen sind ausdrücklich erwünscht. Das Workshop-Programm wird in der zweiten Novemberhälfte bekannt gegeben. Die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung für zugesagte Teilnehmer/innen werden von der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina sowie vom Deutschen Historischen Institut Warschau getragen.

Kontakt: Janine Fubel, [fubeljan@cms.hu-berlin.de](mailto:fubeljan@cms.hu-berlin.de)